

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Ersteinst wöchentlich am Samstag.
Zerlagspreis vierteljährlich 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scherm.
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rößlestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8900.

Auflegungsgebühr für die sechspaltige Kolonelleiste:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Staatsarbeiter, Wirtschaftsführung und Konsumgenossenschaften nach dem Kriege

Die Entrüstung und der Jörn über die Leute, die in der Kriegszeit aus dem Umstand, daß unsere Volkswirtschaft im allgemeinen den Gewinn als treibende Kraft noch nicht überwunden hat, Buchergewinne zogen, sind in der breiten Volksmasse allgemein. Vor allem sind da in der Beurteilung und Wertschätzung die Verbände der Arbeiter eines Sinnes, möge es sich um die freien Gewerkschaften, die christlichen Organisationen oder die Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine handeln. Auch die Verbände der Beamten und Staatsarbeiter lassen es in ihren Blättern an kräftiger, verurteilender Kennzeichnung nicht fehlen. Dabei werden dann auch wohl Folgerungen für die Zukunft gezogen. Dies geschieht zum Beispiel in der Reichskartell-Korrespondenz, die von der Zentralstelle des Reichskartells der Beamten und Arbeiter staatlicher Lehranstalten (angeblich 130 000 Mitglieder) in Elberfeld herausgegeben wird. Die Nummern 25 bis 30 dieser Korrespondenz sind vereinigt gegen den Schluß des Jahres herausgekommen. Sie wollen "Vorarbeit für den Frieden" leisten, indem "Gelben, Händler, Bauern", die "inneren" Kriegsziele der bürgerlichen Konsumentenverbände und das neue soziale Deutschland behandelt werden. Unter den "bürgerlichen Konsumentenverbänden" werden von der Korrespondenz die christlichen Arbeiter- und sonstige Organisationen begriffen, die den christlichen Verbänden nahegebracht werden. In den Leitgedanken der Schrift wird auf die Opferwilligkeit des Volkes hingewiesen und es heißt:

"Die materiellen Opfer des Krieges hingegen — man merke einen Blick hinein in die Haushaltungsbücher unserer kleinen Beamten, Staats- und Privatarbeiter, soweit sie nicht zu der verhältnismäßig kleinen Zahl der oberen Lohnklassen in den Waffen- und Munitionsfabriken gehören, und in die Wirtschaftsführung der Kriegerfrauen aus den Arbeitnehmerschichten — werden in der Hauptsache von den minderbemittelten Konsumentenschichten getragen. Gewiß, auch den übrigen Erwerbsgruppen brachte der Krieg hier und da materielle Verluste, aber von Sorgen dieser Art bis zu den furchtbaren kranken Sorgen um das tägliche Brot, um die tägliche Beschaffung der notwendigen Nahrungsmittel für hungrige Kinder, mauler ist noch ein sehr weiter Raum. Nahrungsmitteln der eben geschilderten Gattung kennen weder Händler noch Bauern. — Ein Woll von Gelden ist es, das bei den jetzigen Kriegspreisen, die teils auf natürlichen Ursachen, zum größeren Teil auf dem Treiben der Lebensmittelhändler und leider auch, um mit Paul Harnis im Berliner Tageblatt zu reden, auf die unsicher tastende, gutwillige und dabei doch so wissenschaftliche Art, wie die Regierung die Ernährungsfragen anpackt, zurückzuführen sind, durchfällt."

Es hieße Wasser in den Rhein tragen, so lesen wir weiter, wenn noch einmal alle Einzelercheinungen zum Kapitel Lebensmittelwucher aufgeführt werden sollten. Vieles sei auf diesem Gebiet überhaupt nicht mehr gut zu machen. Viel Schlimmes sei durch die Konsumentenbewegung verhindert worden. Eins stehe jedenfalls fest: in den Herzen von Hunderttausenden denkender Konsumenten hätten die bitteren Erfahrungen der letzten Zeit den Willen geweckt, nach dem Kriege den tieferen Ursachen der ungleichen Verteilung der materiellen Kriegsgüter den Garau zu machen. Trübsalige Leute und herzlich schlechte Psychologen glaubten, nach einem siegreichen Kriege, nach dem Fallen der Kriegsgesellschaften und Zensurstrafen ließe sich ein siegreiches Volk bearbeitige Auswüchse unserer Wirtschaftsordnung ruhig weiter gefallen. Nein, gegen die Umwandlung der jetzigen "Kriegspreise" der Händler und Bauern in Friedenspreise werde sich ein Sturm des Unwillens von besonderer Stärke erheben. Dann wird unterstrichen, was der Landeshauptmann der Provinz Westfalen auf einer Tagung erklärte: "Dieses Jahrhundert muß eine Entwicklung von der Kultur der Wenigen zu der Kultur der Vielen bringen." — Ueber Händler und Bauern wird gesagt:

"Tatsache ist, daß sowohl Händler als Bauern jedes Augenmaß für Kriegspreise verloren haben. In den Registratorien der Organisationsleiter der Angestellten- und Arbeiterverbände befindet sich ein geradezu erdrückendes Anlagematerial gegen Kriegswucherer beider Gruppen. Der Gedanke, daß auch sie vielleicht gleich den Konsumenten materielle Kriegsgüter zu bringen haben, liegt ihnen, von rühmenden Ausnahmen abgesehen, sehr fern. Gute Preise, das ist der Hof, um den sie die Gedankenwelt der Händler und Bauern dreht. Beide machen sich auch über die weiteren volkswirtschaftlichen Folgen ihrer Wucherer nicht das geringste Kopfschütteln. Nach dem Kriege werden unfaubere Praktiken des Handels aus Tageslicht kommen, die herzlich schlecht in unsere große Zeit passen. Was soll man zum Beispiel sagen, wenn Oberbürgermeister billige Lebensmittel in großen Mengen einkaufen, die an die Händler zur Ueberführung in den örtlichen Konsum abgeben, die Händler aber die Waren sofort zu außerordentlich hohen Preisen in Nachbarorten umsetzen und so die Stadtverwaltungen wie auch die Konsumenten betrügen und benutzen."

Es heißt weiter, die "politisch rechts stehenden Konsumenten" in erster Linie die Leiter von Beamten-, Angestellten- und Arbeiterorganisationen, die in den wüsten Wahlkämpfen vergangener Zeiten den Volkshut der Landwirtschaft durch die und dünn — unter Hinweis darauf, daß im Frieden die Landwirtschaft geschützt werden müsse, damit sie uns in Kriegszeiten zu angemessenen Preisen mit Lebensmitteln versorgen könne — verteidigt hätten, seien angehängt der vorherrschenden Preispolitik der Landwirtschaft fast sprachlos.

Man gebe jetzt zum Beispiel einmal auf die Dörfer und versuche Kartoffeln zu kaufen oder man lasse sich mit Kleinbauern auf den Märkten in einen Butterhandel ein. Es ist geradezu erschreckend, wie wenig Gemeinsinn und allgemein völkische Solidarität bei solchen Gelegenheiten bei unseren Bauern zutage tritt. Der Not der Konsumenten in den Städten und Industriebezirken haben die Bauern, von Ausnahmen vielleicht abgesehen, verständnislos gegenüber. Duzendfach kann man von Bauern die Lebensart hören: wenn ich für meine Butter nicht so und so viel bekomme, füttere ich die Milch lieber dem Vieh."

Weiter wird ausgeführt, ein bekannter, ausgesprochen konservativer Sekretär eines evangelischen Arbeiterverbandes habe dem Schreiber vor kurzem gesagt, von seinen früheren überagratischen Ansichten habe ihn der Krieg gründlich kurier! Gegenüber der "bedenklichen Neigung", auch nach dem Kriege "angemessene Preise" beizubehalten, wird der "Umdenkungsprozeß" hervorgehoben, der sich in den Konsumentenschichten vollzogen habe, weshalb angenommen wird, das Bestreben der Händler und der Bauern werde vorbeigeraten. Bei den Konsumenten herrsche Einstimmigkeit darüber, daß die minderbemittelten Kreise im neuen Deutschland einen größeren Anteil an den von der Gesamtion erzeugten Kulturgütern erhalten müßten. Solange die Auswüchse unserer Wirtschaftsordnung die Hand- und Kopparbeiter immer wieder in den harten Kampf um das Existenzminimum auf der sozialen Stufenleiter hinabstießen, gebe es für sie logischerweise auch nur ein kürzliches Kulturminimum. Hier würden also die bürgerlichen Konsumentenverbände den Hebel ansetzen. Die im Wege stehenden Auswüchse der Volkswirtschaft müßten durch staats- oder kommunal-sozialistische Eingriffe, verbunden mit der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Selbsthilfe der Konsumenten beseitigt werden. Seit Jahren seien Gehalts- und Lohnaufbesserungen nach kurzer Zeit wieder "in gewissen Wirtschaftskanälen" verschwunden, deren Vorhandensein die schnelle Verteuerung der Lebenshaltung angezeigt habe, ohne den Empfängern des erhöhten Geldeinkommens wirtschaftlich zu nützen oder sie kulturell vorwärts zu bringen. Während des Krieges sei diese Erscheinung in noch viel stärkerem Maße zutage getreten und nach dem Krieg solle ja dieser Zustand nach den Ansichten der Interessenten an "guten Preisen" verewigt werden. Das Verhältnis zwischen Nominallohn und Reallohn würde sich dann also nach dem Kriege noch stärker zu Ungunsten der Konsumenten verschieben. Gewerkschaftsarbeit würde tatsächlich Eishypothek werden, Gehalts- und Lohnaufbesserungen kämen dem ins Danaidenfaß geschöpften Wasser gleich!

Dann wird die Entwicklung der Geldlöhne und der Warenpreise gezeigt und darauf verwiesen, daß es verkehrt sei, den Schwerpunkt der Organisationsarbeit auf die Gehalts- und Lohnfrage allein zu legen, weil die wirtschaftliche und kulturelle Lage auch vom "Warenniveau" bestimmt werde; von den Warenmengen, die vom Geldeinkommen zu kaufen möglich sei. Die Lösung der Wirtschaftsfragen, die das Lebensinteresse der Konsumenten berührten, würden in Zukunft nicht mehr allein den bürgerlichen Parteien überlassen bleiben, die Konsumentenverbände müßten diese Fragen gründlich auch unter dem Gesichtspunkt der Konsumenteninteressen durcharbeiten und die sich daraus ergebenden Folgerungen mit Nachdruck vertreten.

Vor anderen wichtigen Fragen wird dann die der Lebensmittelversorgung zunächst erörtert und es wird die Frage gestellt, wie sich die bürgerlichen Konsumentenverbände die Lösung der Lebensmittelfrage nach dem Kriege dächten. Ueber Kriegsmassnahmen brauche nicht weiter geredet zu werden, bürgerliche und sozialdemokratische Konsumentenverbände hätten im Berliner Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen hervorragende Arbeit geleistet. Das Lebensmittelproblem werde auch nach dem Kriege brennend sein. Einmütig werde von den Konsumentenverbänden jeder Richtung gefordert, daß in die Stellen, die die neudeutsche Wirtschaftspolitik vorbereiteten, auch Vertreter der Konsumenten berufen würden. Die bürgerlichen Konsumentenverbände vertreten die Ansicht, daß die alte Weisheit, wonach das Gesetz von Angebot und Nachfrage auf dem Lebensmittelmarkt eine gerechte Preisbildung herbeiführe, in die Kumpellammer gehöre. Die Staatsgewalt werde nach dem Kriege mit aller Schärfe die Auswüchse und anarchischen Zustände im Preisbildungsprozeß beseitigen müssen. Instrumente dazu könne sich die Rechtsgewalt durch einen entsprechenden Ausbau der Preisprüfungsstellen schaffen. Der Satz "Schutz den Konsumenten" müsse in der neudeutschen Sozialpolitik mehr zum Recht kommen. Die regulierenden Eingriffe der öffentlichen Gewalt in die Preisbildung müßten durch eine entsprechende Erweiterung der strafrechtlichen Wucherbestimmungen unterstützt werden. Preisregulierung könne das Reich auch durch Monopolisierung gewisser Lebensmittel wirken: Ein Blick auf die Getreide-, Mehl- und Brotpreise der letzten Jahre und auf die Kriegsgewinne der Großmüllern im ersten Kriegsjahre zeigt, daß ein staatliches Verbot von eventuell verbunden mit einer Verstaatlichung der Großmüllern, dem Reichs-fiskus Einnahmen und dem Volke Brot zu angemessenen Preisen verschaffen könnte.

Ueber die Fleischversorgung wird gesagt, bei einer Mitwirkung der Gemeinden hierbei müßte allerdings die Wehrzahl der deutschen Viehhändler zu produktiven Viehschaffungsarten zurückkehren. Die Ueberführung des von den Gemeinden selbst produzierten oder herbeigeschafften Fleisches in den Konsum hätte unter der Mitwirkung des Metzgergewerbes zu erfolgen. Wäre dieser Weg nicht gangbar, dann käme eine Mitwirkung der Konsumvereine oder Errichtung von stadteigenen Fleischhallen in Frage. Die Errichtung von solchen werde ohnehin notwendig werden, wenn sich die Fleischversorgung der Großstädte immer mehr in den Händen weniger Großfirmen konzentriere. Auch bei der Kartoffelversorgung lasse sich der preiswertende Handel durch die Gemeinden ausüben. Teilweise geschehe dies heute schon durch die Konsumvereine. Bei einer weiteren Entwicklung der Konsumgenossenschaften dürfte auf diesem Gebiet ein Zusammenarbeiten zwischen Gemeinden und Konsumvereinen möglich sein.

Die Bedeutung der Konsumgenossenschaften wird besonders auch durch folgende Sätze hervorgehoben:
Schließlich müssen auch die breiten Konsumentenmassen im neuen Deutschland die Befreiung der Lebensmittelversorgung auf genossenschaftlichem Wege selbst in die Hand nehmen. Eine Mittelstandsretterei, wie sie vor dem Kriege in den

bürgerlichen Parteien im Schwunge war, machen die bürgerlichen Konsumenten bestimmt nicht mehr mit. Auch unsere Konsumvereinsorgane müssen die üble Angewohnheit ablegen, zu sagen, sie hinderten die Ausbreitung des Kleinhandels nicht. Wenn das bisher auch tatsächlich richtig war, so muß doch in Zukunft eine rücksichtslose Ausbreitung der Konsumvereine die nicht erwerbsberechtigten Kleinhändler beseitigen. Nicht alle! Gutgeleitete Spezialgeschäfte werden im Lebensmittelhandel, ebenso wie in jeder anderen Branche, nach wie vor weiter existieren. Ihr Kundenkreis wird sich aus den besseren Schichten rekrutieren. Die Warenverteilung der Zukunft für den Massenkonsum der niedrig besoldeten Beamten, Angestellten und Arbeiter hingegen gehört den Konsumvereinen. Hunderttausende von Kleinhändlern, die die Waren auf dem Wochenmarkt oder beim Zwischenhändler sozusagen tropfenweise einkaufen und ihre brüchige Existenz auf einen kleinen Kundenkreis unter Anwendung des Borghylens aufbauen, werden im neuen Deutschland ihre unproduktive Tätigkeit in der Produktion, am Schraubstod, an der Hobelbank oder beim Tiefbaunternehmer, wo sie meistens früher waren, aufnehmen müssen."

Ueber eine so wenig "respektable" Einschätzung ihres "Standes" werden ja die Kleinhändler und ihre Blätter Peter und Morbio schreien.

In anderen Ausführungen der Reichskartell-Korrespondenz über "Die bürgerlichen Parteien und wir" wird ausgeführt, es gelte, in wirtschaftlicher Hinsicht die bürgerlichen Parteien zu beeinflussen. Als zunächst liegendes praktisches Ziel, wenigstens in Rheinland und Westfalen komme für die bürgerlichen Konsumenten der Zentrumsparthei die Zurückdrängung des "etwas starken" Einflusses der Bauern innerhalb ihrer Partei in Betracht, hingegen hätten die bürgerlichen Konsumenten der Liberalen Parteien für ein Zurückdrängen des ebenfalls etwas zu starken Einflusses der Großhändler in ihrer Partei zu sorgen. Da sei Leisetreterei nicht am Platze; es müßten von den Konsumentenvertretern "richtiggehende" deutsche Worte gesprochen werden.

Diese Auseinandersetzung der "bürgerlichen" Konsumenten mit "ihren" Parteien kann ja diesen selbst überlassen bleiben. Wir wollen auch die Ausführungen der Reichskartell-Korrespondenz hier nur im allgemeinen hervorheben, ohne im einzelnen ein Urteil abzugeben. Doch müßt uns, daß trotz der oft gebrauchten starken Ausdrücke gegen Händler und Bauern doch die Bedeutung der Konsumgenossenschaften für die Zukunft noch nicht genügend gewürdigt werde, im Gegensatz zu den Eingriffen, die der gemeinsamen Zwangs- und Staatsgewalt zugeschoben werden. Auf jeden Fall ist aber Zwang vom Uebel, wo ein Zweck besser durch freiwilligen Zusammen-schluß erreicht werden kann. Und da muß gesagt werden, daß mit der Entwicklung der Konsumgenossenschaften diese auf ihrem Felde Aufgaben bewältigen können, die heute vor manchen Leuten noch gar nicht erkannt werden. Die "Interessenten" aller Grade aber mögen an den Ausführungen der Reichskartell-Korrespondenz erkennen, wie tief der Groll und die Entrüstung über Wucherer und ungerechte Preistreiber auch unter den Konsumenten um sich greifen haben, die immer mit Absicht betonen, daß sie "bürgerlich" seien.

Internationale und Sprache

Es ist allgemein bekannt, daß in der Arbeiterbewegung eine der größten Schwierigkeiten bei der Verständigung mit dem Ausland die Verschiedenheit der Sprache ist. Die Schwierigkeit wäre nicht so groß, wenn das stimmte, was Genosse Adolf Braun in seiner kürzlich bei Mohr in Tübingen erschienenen Schrift "Internationale Verbindung der Gewerkschaften" auf Seite 35 sagt, nämlich:

"Sollte der von der fremden Gewerkschaft erkundete Gast die Verhandlungssprache nicht verstehen, so wird ihm in der Regel ein zwei Sprachen beherrschender Gewerkschaftsbeamter beigegeben."

Gewerkschaftsbeamte, die zwei Sprachen beherrschen, gehören auch in Deutschland leider noch immer zu den Seltenheiten. In Skandinavien sind sie möglicherweise verhältnismäßig reichlicher, in den übrigen Ländern aber noch viel seltener als in Deutschland. Vor einigen Jahren hat ein namhafter französischer Gewerkschafter in Berlin beinahe Hunger gelitten, weil er nicht einmal die deutschen Namen für die wichtigsten Nahrungsmittel kannte. Wenn wir bisher auf unseren Verbandsstagen, Gewerkschaftskongressen usw. mit dem Besuche von Engländern oder Franzosen besetzt wurden, so hielten diese es stets für selbstverständlich, daß ihre deutschen Gastfreunde ihnen Dolmetscher zur Verfügung stellten. Das geschah natürlich auch, denn es gibt in Deutschland genug Leute, die die fremde Sprache genügend beherrschen. Weniger leicht war es dagegen, als vor einigen Jahren ein Mitglied vom Vorstand des italienischen Metallarbeiter-Verbandes nach Stuttgart kam, um sich über die Arbeitsverhältnisse in den deutschen Automobilfabriken zu erkundigen und kein Wort deutsch konnte.

Auf größeren internationalen Zusammenkünften vervielfachen sich selbstverständlich die Schwierigkeiten und oft genug haben Uebersetzungsfehler die Verständigung gefährdet. Umgekehrt gibt es auch Beispiele davon, daß die Verständigung durch leistungsfähige Uebersetzer erleichtert wurde. Ueber die Wichtigkeit der Kenntnis fremder Sprachen für die Verständigung mit der Arbeiterschaft des Auslandes gibt es unter uns Deutschen keine Meinungsverschiedenheit. Es kommt hinzu, daß die Deutschen fremde Sprachen leichter erlernen als die Engländer oder die Angehörigen romanischer Völker. Den Skandinaviern und den Slaven fällt es im allgemeinen ebenfalls nicht besonders schwer. Allerdings: um die Seilschläge anderer Völker genießen zu können, braucht der Deutsche nicht notwendig fremde Sprachen zu erlernen. Alles, was im Schrifttum des Auslandes irgend welche Bedeutung hat, ist in guten deutschen Uebersetzungen zu haben, zum Teil zu sehr billigen Preisen. In dieser Beziehung haben wir vor den anderen Nationen viel voraus. Diese sind sogar geneigt, Bücher, die in ihrer eigenen Sprache gedruckt sind,

aus Deutschland zu beziehen, was neuerdings besonders bei englischen und italienischen Deutscherkessern Unbehagen erregt hat.

Für uns handelt es sich aber um mehr als das. Manche beachtenswerte Ausprägung in der ausländischen Arbeiterbewegung kommt nicht zur Kenntnis unserer tätigen Genossen und Kollegen, weil man eben nicht alles in die Zeitungen bringen kann und für besondere Drucklegung der Kreis derer, für die die Kenntnis wichtig genug wäre, zu klein ist. Gerade zu dem, was wir von den Metallarbeitern des Auslandes noch lernen können, ist gründliche Sprachkenntnis notwendig. Das ist keine Liebedienerei gegen das Ausland, aber andererseits bilden wir uns auch nicht ein, daß Deutschland „der Kopf und das Herz der Menschheit“ sei, wie die Bataille, eins der größten französischen Arbeiterblätter, am 14. Dezember von Frankreich schrieb. Die Abneigung gegen die Erwerbung von Sprachkenntnissen mögen wir solchen bürgerlichen Kreisen überlassen, aus denen sich auch schon schnurrige Kampfhähne gegen die lateinische Schrift und für die „deutsche“ Schrift hervorgeraten haben. Leider sind unsere Volksschulen aber noch nicht so weit, daß dort fremde Sprachen gelehrt werden, damit die Schüler wenigstens eine Grundlage erhalten, auf der sie nach dem Verlassen der Schule weiterbauen können. Damit wäre den Wegbereitern unter den Volksschülern schon wesentlich geholfen. Jetzt liegt die Sache jedoch so, daß auf den internationalen Zusammenkünften der Arbeiter die Verständigung in den Händen weniger Personen liegt, die dabei eine ungemein anstrengende und abspannende Tätigkeit ausüben müssen (wer schon als Dolmetscher gedient hat, kann ein Lied davon mitsingen), und denen es nichtsdestoweniger nicht immer gelingt, alle Mißverständnisse zu bannen. Uebersetzer werden wir auf unseren internationalen Zusammenkünften und bei unseren sonstigen internationalen Beziehungen nie ganz entbehren können. Wenn aber mehr dabei herauskommen soll, als bis jetzt herausgekommen ist, so darf nicht von ihnen allein die ganze Verständigungstätigkeit erwartet werden. Bisher hat man bei der Wahl von Vertretern zu internationalen Kongressen und sonstigen Veranstaltungen, wo Arbeitervertreter aus verschiedenen Ländern zusammenkamen, gewöhnlich keine Rücksicht darauf genommen, ob die zu wählenden die eigentlich nötigen Sprachkenntnisse hatten. Das muß in Zukunft anders werden und damit die nötigen Leute dafür vorhanden sind, treten wir nachdrücklich dafür ein, daß die organisierte Arbeiterschaft die Erlernung fremder Sprachen eifriger betreiben als bisher.

Allerdings ist es nichts Leichtes, was wir fordern. Es gehört eine gewisse natürliche Veranlagung dazu und vor allem Dingen viel Lust und Liebe. Auch gibt es keine Sprachlehrbücher, die besonders auf die Bedürfnisse der Arbeiterbewegung zugeschnitten sind. Ferner kommen in der fremdsprachigen Arbeiterbewegung viele Ausdrücke vor, die dort in anderem Sinne gebraucht werden, als in den Wörterbüchern steht. Hinter den Sinn dieser Ausdrücke kommt man oft erst nach längerer eingehender Beschäftigung mit der Sache, um die es sich gerade handelt. Für Uebersetzer, die sich damit noch nicht gründlich befaßt haben, ist es einfach unmöglich, Fehler zu vermeiden, wie tüchtig sie sonst auch sein mögen. Wir wollen hier nur ein Beispiel nennen, das wir in einem älteren, für einen internationalen Kongress bestimmten Bericht gefunden haben. Es war da von den Formtechern die Rede. In der französischen Ausgabe war dieses Wort in mouleure (Formier) übersetzt, in der englischen in patternmaker (Modellist). Soweit es sich um technische Ausdrücke im Metallgewerbe handelt, gibt es zwar gute Nachworterbücher, die einem bei schriftlichen Uebersetzungen über manche Schwierigkeiten hinweghelfen. Damit sind aber noch nicht alle Schwierigkeiten überwunden und es wird schwer halten, Uebersetzer zu finden, die auf allen Gebieten gleich gut bewandert sind. Man wird froh sein müssen, wenn bei schwierigen Fällen mehrere einander aushelfen können.

Bei den Ausführlungen über unsere internationalen Verbindungen, die wir in Nr. 1 der Metallarbeiter-Zeitung machten, gingen wir aus von einer Bemerkung des Genossen Peus in der Glocke. Peus sagte unter anderem auch:

„Wenn dadurch auch der Wert einer künstlichen Hilfssprache erkannt und verstanden wird, daß sie als Sprachsprache besser ist als alle natürlich gewachsenen, dann wird solcher Internationalismus sicher bessere Früchte tragen als der bisherige.“

Der Gedanke, bei den internationalen Beziehungen der Arbeiterschaft eine der künstlichen Hilfssprachen (Esperanto oder Ido) zu verwenden, liegt in der Tat nahe. Wenn diese beiden Hilfssprachen auch nicht so leicht zu erlernen sind, wie es nach den von ihren Vertretern herausgegebenen Werkschriften den Anschein hat, so sind sie immerhin doch wesentlich leichter als irgend eine der natürlichen Sprachen mit ihren viel zahlreicheren Regeln, Ausnahmen, Ausdrücken von diesen Ausnahmen usw. Was ferner auf den bisherigen sozialistischen Kongressen gelehrt worden ist, dazu hätten ohne Zweifel auch die genannten Hilfssprachen schon ausgereicht. Fraglich ist es aber, ob sie in ihren bisherigen Formen für die internationalen Beziehungen der Gewerkschaften genügen. Bei diesen handelt es sich gar um oft um Dinge, für die in den Hilfssprachen kaum schon ein passendes Wort vorhanden sein dürfte. Nichtsdestoweniger wollen wir denen, die Lust haben, solche Hilfssprachen zu erlernen, diese Lust dadurch nicht verderben. Es mag immerhin Gelegenheit geben, daß man sich dieser Hilfssprachen mit Nutzen für die Arbeiterbewegung bedienen kann und dann hat für die Sache der Erlernung allemal reichlich Gelegenheit.

Wir sind aber auf jedes Fall noch weit davon entfernt, bei unseren internationalen Verbindungen die natürlichen Sprachen durch künstliche ersetzen zu können. Ebenjowenig glauben wir aber auch, daß in absehbarer Zeit eine der natürlichen Sprachen zu einer Weltsprache werden wird, wie Genosse Sautis in dies in seiner Abhandlung „Mittelwege“ (Neue Zeit vom 21. Januar) als wahrscheinlich hingewiesen hat. Und wenn dies doch geschehen sollte, so wird schwerlich die deutsche Sprache zu Weltsprache werden, die Deutschen werden aber wieder den Günstigsten spielen müssen und noch eine Sprache hinzulernen.

Der bisherige Verlauf der Dinge hat gezeigt, daß es uns trotz des Krieges möglich gewesen ist, wertvolle internationale Beziehungen anzuknüpfen zu erhalten. Der nach dem Kriege nichts mehr mit uns zu tun haben will, dem können wir nicht nachgeben, wir werden aber auch gegen Auswanderungsverträge von anderer Seite nicht halbsüchtig sein. Dazu gibt es im Ausland „Sozialisten“ wie Herne und Geymungsgruppen, die man geradezu spüren, ob nicht noch irgend etwas nachgeben sei, das wie eine zu uns hinüberführende Brücke ausseht. Wenn sie eine solche Brücke anbieten zu haben glauben, so brauchen sie sie, sie mit viel Geduld abzuwarten. Wir wissen, das nicht ernst, weil wir überzeugt sind, daß keine wie Herne nach dem Kriege wieder der vorherigen Bedeutungslosigkeit aufsteigen werden. Wir haben nie Völlerei gepredigt und werden es auch in Zukunft nicht tun. Wir haben jedoch die Erfahrung machen müssen, daß viele Ausländer, die wir für sehr tüchtige Leute hielten, in dieser Zeit Urteile über uns fällen, die beweisen, daß sie — trotz langer Verbindung mit uns — uns ganz und gar nicht kennen gelernt haben. Sollen wir uns, in den gleichen Geistes zu verfallen. Das können wir nur, indem wir uns eifrig bemühen, das Ausland und die Ausländer gründlicher kennen zu lernen. Wenn dabei die eine oder andere Kaput gemacht werden

muß, so darf das uns nicht schrecken. Als Mittel zur Erweiterung unserer Erkenntnis ist aber notwendig, daß nicht nur einige wenige über die dazu unentbehrlichen Sprachkenntnisse verfügen, sondern in möglichst viele. Je größer die Auswahl unter solchen ist, desto leichter wird es sein, passende Personen zu finden, die auch die übrigen Eigenschaften und Kenntnisse haben, die zur Pflege unserer internationalen Beziehungen nötig sind.

Jetzt ist die Zeit zur Vorbereitung. Dazu dient am besten auch die Verbreitung von Sprachkenntnissen unter der organisierten Arbeiterschaft. Die Sprachkenntnis ist aber auch das beste Mittel, fremde Völker kennen zu lernen. Die Kenntnis fremder Völker ist wiederum das beste Mittel gegen den Völkerverhaß. Mit Recht schrieb Goethe an den Engländer Carlyle:

„Laßt die Nationen wie Individuen sich nur einzeln kennen, und der gegenseitige Haß wird sich in gegenseitige Hilfsleistung verwandeln, und anstatt natürlicher Feinde, wie benachbarte Länder zuweilen genannt sind, werden wir alle natürliche Freunde sein.“

Die eiserne Internationale

Zu bezug auf die Fußnote zu dem Kummerischen Artikel in Nr. 8 über den belgischen Metallarbeiter-Verband etc. teilt Kollege Schlicke uns mit, es sei unrichtig, daß der Leiter des belgischen Metallarbeiter-Verbandes jeden Verkehr mit unserem internationalen Bund ablehne. Danach beruht also der betreffende Satz auf einem durch mündliche Mitteilungen entstandenen Irrtum. Ferner ist noch hervorzuheben, daß sich die Kummerischen Bemerkungen über den Aufbruch in der Humanität und unsere Fußnote dazu nur auf die zurzeit in Frankreich befindlichen Abteilungen der belgischen Metallarbeiter beziehen und nicht auf den belgischen Verband.

Es ist selbstverständlich, daß wir unseren belgischen Kollegen in keiner Weise jamahe treten wollten, sondern für ihre Lage und Gefühle volles Verständnis besitzen.

Kriegsausstellungen

Es gibt Dinge, die scheinbar gar nicht zusammengehören, die sich zueinander verhalten wie Feuer und Wasser. Und doch erfordern es Lebensproseje, daß das eine nicht ohne das andere fertig wird. Dient das eine der Zerstörung, fördert das andere den Aufbau. Reicher Mittel bedient sich der Mensch, um sie für seine Zwecke auszunutzen. Angestrengt arbeitet der Geist, jene Verbollkommenung zu erreichen, die diese Zwecke in größter Maße unterstützen kann.

In den Ausstellungshallen am Zoologischen Garten, diesem im Westen Berlins gelegenen riesigen, langgestreckten Gebäude, befindet sich seit einigen Wochen die Deutsche Kriegsausstellung. Schon von außen lenkt sie die Schritte des Besuchers durch zwei große Feldgeschütze, die drohend ihre Mündungen entgegenstrecken. Trinnen aber, in der weiten, glasüberdeckten Halle zeigt man uns die Spuren und Wirkungen, die ein Krieg hinterläßt, in den mannigfaltigsten Formen. An greifbaren Gegenständen und zahlreichen Bildern wird dem Besucher die Zerstörungsbaut sichtbar gemacht, die den vom menschlichen Geist erfundenen Waffen innewohnt. Dann die Waffen selbst, Gewehre, Maschinengewehre, Mörser und Kanonen verschiedener Größe und Systeme, daneben Minen und Torpedos, diese neuesten und in ihrer Feinheit gefährlichsten Waffen im Seekrieg. Unter den erbeuteten Gegenständen erregen besondere Aufmerksamkeit mehrere Flugzeuge mit deutlich sichtbaren Spuren des Kampfes, ferner ein französisches Panzerautomobil und schließlich brauchen in geräumigen Hintergebäude des Baus ein nach allen Regeln der Kunst angelegter Schützengraben mit Cappen, Unterständen und sonstigen Zubehör. Der Besucher der Ausstellung vermag sich, wenn er die Dinge mit Aufmerksamkeit betrachtet, ein Bild zu machen, wie es draußen zugeht, und er wird wünschen, daß dem Krieg bald ein Ende bereitet wird.

Dieser Wunsch wird noch lebendiger, wenn wir unsere Schritte einer anderen Ausstellung zulenken, die sich unweit davon befindet. Die Sonderausstellung von Erziehungsliebenden und Arbeitshilfen für Kriegsbeschädigte, Unfallverletzte und Krüppel ist nun am 11. Februar jedermann zugänglich gemacht worden. Sie ist untergebracht in dem Gebäude der Ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlhaben in Charlottenburg, Jannohofstraße 11/12. Diese Ausstellungsräume, die sonst dem Zwecke dienen, Schutzwehren zu zeigen, die den Arbeiter vor Stiechum und Verwundung schützen sollen, haben jetzt ihren Platz solchen Gegenständen gewidmet, die den Verlust verlorener Gliedmaßen ersetzen sollen. Daß auch auf diesem Gebiet der menschliche Geist nicht rastet, lernen wir hier erkennen. Im Vortraum der Ausstellung zeigen uns Abbildungen von Krüppeln aus früheren Jahrhunderten die fähigsten und hochst unzulänglichen Ersatzmittel für verlorene Gliedmaßen. An Stützpunkten und Krücken bemühte sich der Krüppel nur mühsam fortzubewegen, Ferkel war wohl ausschließlich seine einzige Unterhaltsmöglichkeit. Hierin hat die ärztliche Wissenschaft im Verein mit der Technik und Industrie unserer Zeit einen erfreulichen Wandel geschaffen. Das was auf dem verhältnismäßig kleinen Raum der Ausstellung vorgeführt wird, läßt eine Riesensumme von gutem Willen, Fleiß und Laibkraft erkennen, um zahlreichen Menschen neuen Lebensmut und der Gesellschaft eine Menge nützlicher, sonst verlorener Arbeit zu gewähren. Zahlreiche Photographien und Modelle zeigen uns die Verarbeitbarkeit der künstlichen Glieder. Die meiste Aufmerksamkeit erregen allerdings die Erziehungsliebenden und Arbeitshilfen für Arm- und Handbeschädigte. Wird es auch nicht immer möglich sein, daß der Beschädigte seinen erlernten Beruf weiter auszuüben vermag, so besteht doch immer noch die Hoffnung für ihn, durch andere leitende Arbeit sein Leben so zu gestalten, daß er nicht zum Almosenempfangen zu werden braucht. Davon wird man überzeugt, wenn man die vielen ausgestellt Gegenstände besichtigt und ihre Anwendungsmöglichkeit sich von den in der Ausstellung arbeitenden einarmigen Personen veranschaulicht. Gleichwertigen Erfolg für das verlorene Glied berechnen Erziehungsliebenden, mögen sie auch noch so vollkommen sein, natürlich nicht zu bieten. Aber die Menge und Lesart haben ihre Pflichten in vollster Höhe erfüllt, das übrige zu tun bleibt Aufgabe der Gesellschaft. Natürlich gehört viel guter Wille und zugleich großes Verstandeslichtgefühl dazu, um auch denen einen Arbeitsplatz zu schaffen, die gezwungen sind, sich einem neuen Beruf zuzuwenden. Die Umgruppierung der Arbeitskräfte nach dem Kriege wird nicht leicht sein, aber das Schlimmste, was wir zu überwinden haben, wird es auch nicht gerade sein. Keinem Menschen aber kann davon gelegen sein, daß Arbeitshilfen, die nach zu verwenden ist, ausgegallert wird. Und so kann auch von den Unternehmern erwartet werden, daß sie bei der Sicherstellung von Kriegsbeschädigten Arbeiter sich nicht von hohen Gehältern als vom heimlichen Gewinnstandpunkt leiten lassen.

In diesem Sinne wünschen wir besonders der letztgenannten Ausstellung eine besse Beachtung, als wir es in der Lage der Erziehungsliebenden Gelegenheit hatten. Vieles von dem hier zu Sehenden ist geeignet, der Anwendung im höchsten Leben zum Vorbild der Beschäftigten zu dienen, die sie beschäftigen, zu dienen. Deshalb möchten wir uns auch die Anregung gefallen, diese Ausstellung möglichst auch in anderen Städten zu zeigen.

Die Bewegung für eine Teuerungszulage im Solinger Industriebezirk

Kaum ein zweiter Industriebezirk Deutschlands hatte eine so große Arbeitslosigkeit bei Ausbruch des Krieges aufzuweisen, wie der Solinger. Die Schneidwarenindustrie hängt von der Ausfuhr ab. Durch den Kriegsausbruch war es nicht mehr möglich, nach Amerika z. Schneidwaren zu versenden. Erst Ende September 1914 ließ die Arbeitslosigkeit etwas nach. Die Heeresleitung hatte durch ihre Dringliche Aufträge nach Solingen vergeben. Die Aufträge kamen erst zaghaft und in einer kleinen Anzahl, so daß noch im Oktober 1914 in Solingen teilweise gar nicht oder nur an drei oder vier Tagen in der Woche gearbeitet wurde. Durch die liebenswürdigen Bemühungen unseres Reichstagsabgeordneten Scheidemann kamen dann aber größere Heeresaufträge nach hier, so daß im Januar 1915 fast sämtliche Betriebe voll beschäftigt waren.

Die Verteuerung der Lebensmittel und der Schleißmaterialien bedingte, daß die hier vorhandenen Organisationen einen gemeinsamen Antrag einreichten, der eine Verdiensterhöhung, oder sagen wir: Teuerungszulage anstrebte. Durch die großen und guten Aufträge, mit denen die hiesigen Unternehmer versehen waren, war ihr Einkommen gewaltig gestiegen. Es sind Unternehmer gewesen, die selbst erklärten, daß sie die Zeit der Beschäftigungslosigkeit innerhalb von drei Monaten überwunden hätten. Mit anderen Worten: die Unternehmer verdienen in drei Monaten soviel, daß sie, auf das ganze Jahr gerechnet, keinen Ausfall hatten. Das war aber bei der Arbeiterchaft anders. Durch die lange Dauer der Arbeitslosigkeit waren sehr viele Familien heruntergekommen. Kaum waren die Leute voll beschäftigt, jetzt die Steigerung der Lebensmittelpreise ein. In regelmäßigen Zeiten hätte es bei einer vollen Beschäftigung ein ganzes Jahr und noch länger bedurft, bis die Arbeiterchaft die Arbeitslosigkeit überwinden hätte. Jetzt trat aber die Verteuerung des Lebensbedarfs hinzu, so daß es mit dem bisherigen Verdienst nicht mehr möglich war, auszukommen.

Von diesen Erwägungen ausgehend, ersuchten die Arbeiterverbände durch ein allgemeines Rundschreiben die Unternehmer zu bewegen, eine Erhöhung der Verdienste in Erwägung zu ziehen. Wohl hatte ein Teil der Arbeiterchaft eine Verdiensterhöhung erzielt, allein es waren das vornehmlich die an Kriegsaufträgen beschäftigten Arbeiter. Aber auch deren Verdiensterhöhung war in den meisten Fällen auf Ueberstunden zurückzuführen. Bei allen übrigen Arbeitern, die nicht an Kriegsaufträgen arbeiteten, waren die Verdienste nicht über die vor dem Kriege vorhandene Höhe hinausgekommen, zum Teil waren sie noch gesunken.

Die Unternehmerorganisationen lehnten unsern Antrag ab. Wir hatten aber nicht nur den Unternehmerorganisationen den Antrag unterbreitet, sondern jeder Unternehmer (über tausend) hatte einen solchen Antrag erhalten. Nachdem der Arbeitgeberverband, der Verband Solinger Fabrikantenvereine und andere unseren Antrag abgelehnt hatten, besuchten wir die Unternehmer selbst. Durch diese persönliche Aussprache erzielten wir sehr schöne Erfolge. Ueber 100 Unternehmer erklärten sich bereit, eine Verdiensterhöhung zu geben.

Wir haben dann später einen weiteren Antrag an die Unternehmer eingereicht, durch den eine Teuerungszulage beantragt wurde. Nach diesem Antrag zeigten die Unternehmer, daß sie bereit wären, mit uns in Verhandlung zu treten. Am 6. August 1915 wurde dann eine Sitzung der Organisationen mit den Unternehmern abgehalten. In dieser Sitzung ließ ein Unternehmer durchblicken, daß man geneigt sei, eine Teuerungszulage von 10 Prozent zu gewähren. Von unserer Seite wurde betont, daß auch eine Verständigung über das Reiderpreisverzeichnis vom 13. November 1911 möglich zu machen wäre. Das wurde von den Unternehmern verlangt. Die Arbeiter unseres Verbandes erklärten sich dann auch später bereit, dem Wunsch der Unternehmer entgegenzukommen durch folgende Erklärung: Das Preisverzeichnis der Taschen- und Federmesser vom 13. November 1911 ist für uns maßgebend und bindend, wenn die Fabrikanten eine Teuerungszulage von 10 Prozent gewähren.

Am 22. September erhielten wir die Mitteilung von den Unternehmern, daß ein Aufschlag von 5 Prozent bewilligt werden sollte, wenn die Taschenmesserreider das Preisverzeichnis vom 13. November 1911 bedingungslos anerkennen würden. Antwort und Einverständnis sollte bis zum 1. Oktober 1915 von unserer Seite erfolgen. Die neuen Preise sollten dann am 15. Oktober 1915 in Kraft treten. Wir teilten den Unternehmerorganisationen mit, daß wir unmöglich in einer so kurzen Zeit unsere Entschädigung treffen könnten. Die Unternehmerorganisationen brauchten ungefähr vier Monate, um uns das Zugeständnis von 5 Prozent zu machen; wir sollten in acht Tagen mit allen unseren Berufen und Vereinen eine so wichtige Frage durchberaten und erledigen, das war unmöglich. Die Unternehmer erklärten sich auf Antrag mit der Verlängerung der Zeit für unser Zugeständnis einverstanden.

Nach eingehender Aussprache lehnten die organisierten Arbeiter die Teuerungszulage von 5 Prozent dankend ab. Die Verbände wurden ersucht, nochmals mit den Unternehmern in Verbindung zu treten, um eine annehmbare Verständigung herbeizuführen.

Am 6. Oktober 1915 teilten wir den Unternehmerorganisationen unsere Entschädigung mit. Am 11. Oktober erhielten wir die Mitteilung, die Unternehmerorganisationen lehnten es ab, mit den Arbeiterorganisationen in weitere Verhandlungen über eine Teuerungszulage zu treten.

Doch wir glauben immer noch an eine Verständigung und versuchen deshalb eine Vermittlung durch den Oberbürgermeister von Solingen. Der Herr Oberbürgermeister erklärte sich bereit, sein Möglichstes zu tun, um zum Beiden der Allgemeinheit zu wirken. Es haben dann noch Verhandlungen zwischen dem Syndikus des Arbeitgeberverbandes, dem Vorsitzenden des Fabrikantenverbandes und unserm Bevollmächtigten bis in den letzten Tagen stattgefunden. Bei den Unternehmern war aber der Wille für eine einheitliche Verständigung nicht vorhanden. Am 4. Dezember 1915 erhielten wir folgendes Schreiben:

Solingen, den 4. Dezember 1915.
An den Deutschen Metallarbeiter-Verband
3. H. des Herrn C. Klapp Solingen

Ihre gest. an den Taschen- und Federmesserfabrikantenverein gerichteten Schreiben vom 14. November wurde uns zur Erlebigung überreicht. Der Vorstand unseres Verbandes hat sich nochmals in verschiedenen Sitzungen mit der Frage der Gewährung einer Kriegszulage beschäftigt, ist jedoch nach eingehenden Beratungen zu dem Beschluß gelangt, daß unter den obliegenden, außerordentlich ungleichen Verhältnissen die Gewährung einer einheitlichen Zulage leider undurchführbar ist.

Hochachtungsvoll
Verband Solinger Fabrikantenvereine.
Dr. Jorning.

Also, man wollte eine einheitliche Zulage nicht bewilligen. Mittlerweile hatten aber schon eine Reihe Unternehmer eine Zulage von 10 Prozent und noch mehr gegeben. Die Unternehmer, die keine Zulage gaben, sahen sich aber von ihren Arbeitern verlassen. Nur der kleine Schleißer, Riechter oder Weider bekommen, der eine annehmbare Kriegszulage gewährte. Wer früher noch keine 5 Prozent Zulage gewährte, mußte, wenn er seinen Betrieb aufrecht erhalten wollte, mindestens 10 Prozent Kriegszulage geben. Allerdings gibt es noch immer Unternehmer, die in den Qualitäten prüfen, die nicht einmal die Preise nach dem Tarif zahlen. Haben wir doch noch vor einigen Wochen einem Unternehmer nachgemessen, daß er sehr stark unter dem Tarif arbeiten ließ. Er hat dafür eine hohe Summe nachzahlen müssen.

Die Unternehmerorganisationen erklärten uns durch das Schreiben vom 4. Dezember 1915, daß sie eine einheitliche Zulage nicht durchführen könnten. Am 4. Februar wurde uns noch gesagt, daß eine einheitliche Zulage undurchführbar sei. Im Januar 1916 ist aber durch ein Rundschreiben der Unternehmer an die Arbeiter der Solinger Schneidwarenherzeugnisse die Mitteilung ergangen, daß ein Aufschlag von 20 Prozent von einigen Unternehmern sogar von 25 Prozent gefordert werden müsse. Zur Begründung dafür wurde angeführt,

daß die Arbeitslöhne beständig gestiegen seien, sodann sei auch das Material, Öl usw. einer sehr starken Zenerung unterworfen.
Wir geben zu, daß die Arbeitslöhne gestiegen sind, aber die Steigerung ist sehr gering. Wenn die Unternehmer aber auf Schleifmaterialien und Öl, das beim Schleifen und Polieren verbraucht wird, hinweisen, so ist dieser Hinweis eine faulstübe — sagen wir Unsinnsmitteilung. Die Schleifmaterialien, Öl zum Schleifen und Polieren, muß der Schleifer selbst stellen, dafür haben die Unternehmer keine Mühsalge. Wir geben zu, daß das Material zur Herstellung der Messer im Preise gestiegen und daß das Öl zum Schmieren der Maschinen teurer geworden ist. Seit Kriegsbeginn haben jedoch die Solinger Unternehmer einen Aufschlag von ungefähr 40 Prozent für ihre Waren erzielt. Für die Arbeiterschaft hat man jedoch nur einen sehr geringen Aufschlag bereitgehalten, der Löwenanteil des Aufschlags fließt in die Taschen der Herren Unternehmer.
Den Vogel der Unberechenbarkeit schießen aber die Unternehmer ab, die bisher unter den bestehenden Sätzen und Tarifen gearbeitet haben. Diese Unternehmer berufen sich bei ihrer Kundtschaft ebenfalls auf die beständige Steigerung der Arbeitslöhne; dabei nach den Herren heute noch nicht die festgelegten Preise wie sie nach den Tarifen gezahlt werden sollen. Alles das deutet aber darauf hin, daß die Arbeiterschaft Solingens nach dem Kriege einzeln und geschlossener den Herren Unternehmern entgegenzutreten muß, als es bisher der Fall gewesen ist.
Wenn heute hier oder dort, während der Dauer des Krieges, etwas nicht so geklappt hat, wie es eigentlich hätte sein sollen, so verzeihe man nicht, daß wir in einer Ausnahmezeit leben. Manches müssen wir heute herunterschlucken, was unter anderen Umständen nicht geschehen wäre. Gelse ein jeder nach seinem besten Können, die gewerkschaftliche Organisation glücklich durch diese Krise hindurch zu bringen, zum Vorteil und Segen der Allgemeinheit. S. R.

b) übrige Arbeiterinnen:
im 1. Jahr nicht unter 20 % die Stunde, vorher 18 %
2. „ „ „ 25 „ „ „ 22 „ „ „
3. „ „ „ 33 „ „ „ 30 „ „ „
2. Vom 1. Januar 1916 an erhöhen sich die tatsächlich bezahlten Löhne um 5 Prozent. Die Aufbesserung beträgt im einzelnen Falle:
bei einem Stundenlohn bis . . . 20 % = 1 % Aufbesserung
„ „ „ von 21 bis 40 „ = 2 „ „
„ „ „ 41 „ 60 „ = 3 „ „
„ „ „ 61 „ 80 „ = 4 „ „
„ „ „ über 81 „ = 5 „ „

Die Steigerung der Tariflöhne ist sehr wesentlich und geeignet, den Lohnstand der Arbeiterschaft zu heben. Wenn die prozentuale Erhöhung der Löhne auch den Nachteil hat, daß die unteren Lohnstufen mit einer geringeren Erhöhung als die oberen wegkommen und ein besserer Ausgleich aus von der Arbeiterschaft angestrebt wurde, so schien doch die Annahme des Schiedsgerichts in der vorliegenden Form empfehlenswerter.
Damit können nun die Lohnverhältnisse für zunächst ein Jahr festgelegt. Der hierbei erzielte Erfolg ist ein Beweis für die Bedeutung der Organisation, aus dem genügt auch die Kollegen anderer Orte die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen werden. S. R.

Kaiser Verband in der 79. Kriegswoche

Das Ergebnis unserer Erhebungen über Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit in der 79. Kriegswoche ist aus nachstehender Zusammenstellung ersichtlich.
Trotz erfolgter Mahnung gingen Berichte dazu nicht ein aus den Verwaltungsteilen: Köln, Neustadt, Neustadt i. S., Gräfenthal, Stendal, Tangermünde, Uetersen, Gummersbach, Luxemburg, Weh, Lörrach, Zweibrücken und Lindau.

Übersicht über die Zeit vom 30. Jan. bis 5. Febr. 1916.

Wochentag	Verwaltungsteile haben		Mitgliederzahl am Anfang der Woche	Mitgliederabgang über Haupt	Davon zum Heer entzogen	Mitgliederzahl am Ende der Woche	Davon arbeitslos	In Prozent	Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung
	des	nicht							
1.	34	2	5994	44	9	5950	13	0,2	41
2.	24	—	4925	27	6	4898	25	0,5	147
3.	32	—	7368	44	4	7344	54	0,7	238
4.	53	1	34771	355	174	34416	174	0,5	832
5.	80	3	28565	188	61	28767	82	0,3	531
6.	37	1	28599	192	56	28407	42	0,1	306
7.	42	1	23293	147	33	23146	41	0,2	282
8.	26	2	10465	53	24	10412	64	0,6	369
9.	49	2	18213	351	298	17862	959	5,4	689
10.	40	1	19221	149	77	19072	500	2,6	2263
11.	1	—	51394	174	174	51220	350	1,1	1655
Zuf.	418	13	238918	1724	556	232194	2504	1,1	7353

Geschäftlich der im Laufe der Woche Zugeworbenen und Neuanzunehmenden.
Neuannahmen wurden im Laufe der Woche 602 (ohne Berlin) gemacht. 568 Mitglieder wurden zum Heer einberufen.
Die Zahl der Arbeitslosen ging von 2641 auf 2504 zurück, doch blieb mit 1,1 Prozent das Verhältnis zur Mitgliederzahl gleich.
Krank gemeldet waren 3973 Mitglieder gleich 1,7 Prozent wie in der vorigen Woche. In diese kamen 11669 Krankenunterstützung zur Auszahlung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Um Forderungen zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 27. Februar der 10. Wochenbeitrag für die Zeit vom 27. Februar bis 4. März 1916 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts gestattet:
Der Verwaltungsteil Leipzig für die 2. Klasse 10 % die Woche.
Der Verwaltungsteil Osnabrück für die 2. Klasse 10 % die Woche.
Der Verwaltungsteil Pforzheim für die 1. und 2. Klasse je 15 %, für weibliche Mitglieder 10 % und für jugendliche Mitglieder 5 % die Woche.
Der Verwaltungsteil Stade für die 1. und 2. Klasse je 10 % die Woche.
Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Wieder aufgenommen wird:
Auf Antrag der Verwaltungsteile Dresden:
Der Klempner Karl Otto Köhler, geb. am 22. Januar 1874 zu Dresden (Plz. 4, 1910, Dresden).

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbands, Stuttgart, Rüststraße 16a“ zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rüststraße 16a; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, worfür das Geld vernimmt ist. Bei Geldsendungen an örtliche Verwaltungen ist stets der Name des Kassierers oder Bevollmächtigten anzugeben.
Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand.

Berichte

Metallarbeiter.

Chemnitz. Am 29. Januar tagte im Volkshaus die Generalversammlung unserer Verwaltungsteile. Im Geschäftsbericht wies der Bevollmächtigte darauf hin, daß im vorjährigen Geschäftsbericht gesagt wurde, unsere Kollegen, die im Felde stehen, haben in den uns gesandten Feldpostbriefen geschrieben, sie freuten sich, daß es möglich gewesen ist, die Organisation während des Krieges zu halten und daß sie gelobten, bei ihrer Rückkehr um so mehr eintreten zu wollen in den Wirtschaftskampf, zur Regelung seiner Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Der Arbeitsmarkt zeigte im Jahre 1915 kein ungünstiges Bild, an geleerten Arbeitern trat in den einzelnen Betrieben sogar ein Mangel ein. In einigen Betrieben, wo die Kollegen gut organisiert waren, gelang es ihnen auch, Vorteile herauszuholen. Doch die immer mehr steigenden Lebensmittelpreise und die Preise für alle sonstigen notwendigen Bedürfnisse wird die soziale Lage der Arbeiter allgemein wieder herabgedrückt. Den Vorteil für Heereslieferungen, die in Chemnitz in großen Mengen in Auftrag gegeben wurden, haben in der Hauptsache die Unternehmer, die Lage der Arbeiter jedoch ist durch die Feuerungsverhältnisse sogar gesunken. Streiks haben hier im Jahre 1915 nicht stattgefunden, wohl aber mußte die Verbandsleitung häufig eingreifen gegen die Verschlechterung der Arbeits- und Lohnverhältnisse. In zwei Fällen sind die Tarifverträge erneuert und auch einige Vorteile erzielt worden. Die höhere Bezahlung der Leberarbeitszeit wurde von den Unternehmern in vielen Fällen bewilligt. Jedoch gelang es zum

allergrößten Teile, die höhere Bezahlung der Lieberstunden durchzuführen. Allgemein üblich ist für den Chemnitzer Industriebezirk 20 Prozent Zuschlag für Leberarbeitszeit. Für Nacht- und Sonntagsarbeit wird teilweise 30, 40 und 50 Prozent gezahlt. In der Maschinenfabrik von Schubert & Salzer gaben sich die Arbeiter mit einem Zuschlag von 10 % die Stunde zufrieden und in dem Zweigwerk dieser Firma (Alban Ludwig) zahlte man gar nur 10 Prozent, obwohl die Firma große Gewinne erzielt. Eine Lohnbewegung der Arbeiter im städtischen Elektrizitätswerk hatte vorerst kein Ergebnis; zum Jahreswechsel sind dann Lohnzulagen von 1 bis 2 und vereinzelt 3 % die Stunde gewährt worden. Es muß hierzu bemerkt werden, daß die Löhne in diesem städtischen Werke hinter denen in der Privatindustrie zurückbleiben, was in der Gleichgültigkeit der Leute seinen Grund hat. Eine große Anzahl Beschwerden über Kürzung der Akkordpreise gingen bei der Verwaltung ein, doch sind die Streikpunkte fast immer durch persönliche Verhandlung beigelegt worden. Auf einen Fall muß hier ganz besonders hingewiesen werden, und zwar bei der Firma Keller & Co. Der Stundenlohn für Arbeiterinnen betrug 30 %. Später wurde Akkord eingeführt und der Stundenlohn auf 25 % herabgesetzt. Dieser Lohn wurde jedoch nicht von allen Akkordarbeiterinnen erreicht. Beigefügt wurde, daß Keller & Co. einen niedrigeren Akkord zahlte als ihr Auftraggeber. Die Angelegenheit konnte aber nicht weiter verfolgt werden, weil die Arbeiterinnen der Einladung zu einer Versammlung in dieser Sache nicht Folge leisteten. Die Akkordarbeit einzuführen bemühte sich auch der Betriebsleiter Klein Schmidt bei S. E. Kneeder, wo seit Jahren immer im Stundenlohn gearbeitet wird. Kneeder auf den Ablauf der Tarife gab der Berichterstatter bekannt, daß der Akkordtarif im Einverständnis der Unternehmer und Arbeiter bis 6 Monate nach dem Kriege verlängert worden ist. Es laufen im Jahre 1916 noch die Tarife für Bauhilfen, für Schmiede und das Seilzugsgerätee ab, weshalb es notwendig sei, schon jetzt an die Vorbereitungen heranzutreten. Eine Eingabe auf Gewährung einer Feuerungszulage hatte in 39 Betrieben mit circa 13060 Beschäftigten Erfolg. Die Art der Feuerungszulage war eine sehr verschiedene. Gewährt wurden 5 bis 10 Prozent des Verdienstes. Auch zahlten die Unternehmer 1 bis 6 % höhere Stundenlöhne; wieder andere eine Zulage zum Lohn in Höhe von 1 bis 5 % die Woche. Außerdem erklärte sich die Klempner-, Schlosser- und Schmiedemeinnung für eine Feuerungszulage, stellte es jedoch den Meistern anheim, den Gesellen eine Zulage zu zahlen. Soweit gemeldet wurde, ist in diesen Betrieben an circa 60 Gehilfen eine Feuerungszulage gewährt worden. Von 38 Betrieben mit circa 890 Beschäftigten wurde berichtet, daß die Gewährung jedweder Feuerungszulage abgelehnt worden ist. — Die Zustände in den Betrieben gaben auch im Jahre 1915 häufig wieder Anlass zu Klagen, und in einigen Fällen bedurfte es der Anrufung der Gewerbeinspektion, weil Leberstunden von Arbeiterinnen und jugendlichen Personen geleistet wurden, ohne die Genehmigung hierfür einzuholen. Das Gegenüberwachen der Aufsichtsbehörde für die Bewilligung von Leberarbeit für Arbeiterinnen und Jugendlichen ist daraus ersichtlich, daß selbst Fortbildungsschüler vom Schulunterricht befreit wurden und in der ersten Hälfte des Geschäftsjahrs sogar solche, die das 16. Lebensjahr noch nicht erreicht hatten. Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen konnten wiederholt beobachtet werden. Häufig beschäftigten die Betriebe mit Heereslieferungen die Verbandsleitung, da allgemein das Streben zu beobachten war, die ursprünglichen festgesetzten Akkordpreise zu drücken. Welchen Umfang die Frauenarbeit angenommen hat, zeigte eine Umfrage, die im November 1915 von der Verwaltung vorgenommen ist. Hiernach sind im Bereiche der Stadt Chemnitz in 78 Betrieben der Metallindustrie mit 21295 gegen Krankheit Verdienten 3505 gleich 16,35 Prozent Arbeiterinnen beschäftigt. In den Betrieben, die zur Verwaltungsteile Chemnitz gehören, waren in 11 Betrieben mit 3348 Verdienten 645 gleich 19,26 Prozent Frauen beschäftigt. In 5 mechanischen Betrieben mit 537 Personen arbeiten 106 gleich 19,73 Prozent Frauen, davon 94 in der Warenherstellung. In 14 Betrieben des Weichmetallgewerbes, worin 1428 Personen beschäftigt sind, arbeiten 536 gleich 37,53 Prozent Arbeiterinnen, von denen 497 in der Warenherzeugung beschäftigt sind. In 21 Modellfabriken arbeiten 1736 Personen, darunter 825 gleich 47,52 Prozent Frauen. — Die Mitgliederzahl sank im Jahre 1915 von 10629 auf 7132, um 3497 gleich 32,9 Prozent. Der Verlust bei erwachsenen männlichen Personen betrug 3003, wogegen bei Arbeiterinnen eine Zunahme um 91, bei jugendlichen männlichen Personen um 15 zu verzeichnen war. Zum Heer wurden im Geschäftsjahre einberufen 4937 und 717 davon entlassen. Gestorben sind 87 und 6 mehr zu- als abgereist. Der Berichterstatter wies darauf hin, daß von den drei Großstädten in Sachsen Chemnitz den größten Verlust aufzuweisen habe, und zwar 32,9 Prozent, in Leipzig 30,45 und in Dresden 19,15 Prozent. Er wies ferner darauf hin, daß am 1. Mai in der Metallindustrie im Chemnitzer Verwaltungsbereich 33380 Beschäftigte gezählt wurden, einschließlich des Werkstättenbahnhofs; 25 Prozent müßten für betriebsfremde Personen abgerechnet werden, so daß immer noch 25035 Beschäftigte in Frage kommen, wonach der Prozentsatz der Organisierten ungefähr 28 bis 30 Prozent betragen dürfte. Der Rückgang der Organisiertenzahl gegen die Beschäftigtenzahl hat seinen Grund darin, daß Betriebskräfte aus anderen Gewerkschaften während des Krieges nicht getrennt sind; Tausende anderer Berufsangehöriger, die jetzt in der Metallindustrie arbeiten, verbummeln deshalb ihre Mitgliedschaft, weil sie nur in wenigen Fällen zu bewegen sind, die Kontrollvorschriften einzuhalten, die durch die Vorstandsankunft beschlossen sind. — Der Umsatz der Beiträge am 1. Mai 1915 auf ein Mitglied 52,40 gegen 49,87 im Vorjahre. Die Einnahme der Hauptkasse ging infolge der geringen Mitgliederzahl von 520464,90 M im Jahre 1914 auf 294370,95 M im Geschäftsjahre zurück. Die Einnahme der Ortskassen betrug einschließlich des Anteils aus der Hauptkasse 50077,15 M 102051,32 M gegen 12554,99 M (Anteil aus der Hauptkasse 88890,25 M) im Jahre 1914. Die Unterhaltung aus der Hauptkasse betrug 32987,10 M gegen 317438,57 M im Jahre 1914. Die Unterhaltung aus der Ortskassen betrug 43484,50 M gegen 37225,45 M im Vorjahre. In die Familien der Kriegsteilnehmer sind außer der Weihnachtunterstützung, die für 1914/15 circa 74000 M beträgt, 3165 M gezahlt worden. Zum Schluß wies der Berichterstatter noch auf die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung gerade in der jetzigen Kriegszeit hin und auf die großen Aufgaben, die von den Gewerkschaften nach Beendigung des Krieges gelöst werden müssen. So vor allen Dingen die Fürsorge der Kriegsbefähigten, die Arbeitsbeschaffung, Arbeitsvermittlung, sowie auch die Arbeitslosenunterstützung, die die Folgezeit harter Gewerkschaften und Einigkeit im Handeln aller Arbeiterorganisationen. Wohl jeder sehne recht bald den Frieden herbei. Der Vorteil für die Arbeiter wird ein um so größerer sein, je früher ihre Organisationen und je geschlossener ihre Handeln ist. Nachdem die Rechnung richtiggeprochen war, berichtete der Bevollmächtigte über das Abkommen zwischen den Unternehmern und Arbeitern unter Mitwirkung der Feldzeugmeisterei im Dresdener Bezirk behufs Einführung der Vertragsableiter und Errichtung des Schieds Hofes. Die Kollegen folgten diesen Ausführungen mit großer Aufmerksamkeit. Es wurde verlangt, die Frage in den einzelnen Bezirken und Betrieben noch weiter zu behandeln. Eine Resolution, die einstimmig zur Annahme gelangte, besagt, daß wenn die Vertragsableiter im Chemnitzer Bezirk zur Einführung gelangte, die Ortsverwaltung dafür wirken möge, daß unter den gleichen Bestimmungen wie im Dresdener Bezirk ein Abkommen, wie es hier getroffen ist, zum Abschluß gelangt. Zum Schluß wies der Genosse Willy noch auf die Bedeutung der Volkshilfe hin und ersuchte die Generalversammlung, mitzuwirken für die Ausdehnung dieser von den Arbeitern geschaffenen Einrichtung.

Die Bewegung der Chirurgie- und Orthopädiemechaniker in München

Im Jahre 1913 war der seit 1905 bestehende Tarifvertrag auf 3 Jahre erneuert worden, wobei neben einigen unwesentlichen anderen Forderungen eine zehnprozentige Erhöhung der Tariflöhne erreicht wurde. Die Tariflöhne waren, obwohl Mindestlöhne, von der Mehrzahl der Unternehmer zugleich auch als Höchstlöhne angewendet worden. So standen denn die Lohnverhältnisse hinter den Löhnen ähnlicher Berufsgruppen immer noch um einiges zurück, obwohl von den Chirurgie- und Orthopädiemechanikern doch wesentlich andere Leistungen gefordert wurden. Dieser Tarifvertrag erreichte nun am 31. Dezember 1915 sein Ende und er war zum Abschluß eines neuen Vertrages freigelegt gekündigt worden.
Der große Bedarf an geleerten Arbeitern machte sich schon bei den Ansprüchen für den neuen Tarif bemerkbar, indem die Schlosser, Schmiede usw., die aus fremden Betrieben in diesen gekommen waren, recht bedeutende Lohnforderungen stellten. Die Schlosser, Schmiede etc. waren schon mit größeren Ansprüchen in diesen Beruf eingetreten und hatten die Löhne beeinflusst. Während Schlosser und Schmiede Mitte Dezember einen durchschnittlichen Stundenlohn von 68,4 M hatten, betrug er bei den Mechanikern 62,5 und bei den Bandagisten 62,1 M. Die Berufsangehörigen Arbeiter waren also hinter den anderen zurückgeblieben. Bei den Frauen betrug der durchschnittliche Stundenlohn 35 M. Mit Rücksicht auf die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse wurde eine Lohnerhöhung von 20 Prozent bestritten, außerdem eine Verkürzung der Arbeitszeit zugunsten eines früheren Schlusses an den Samstagen und noch einige andere Forderungen. Von den Unternehmern wurde die Sache anfangs etwas auf die lange Bank geschoben, so daß zu Neujaahr mit einem Ablauf des alten Vertrages hätte gerechnet werden müssen, ohne daß ein neuer Vertrag zustande gekommen wäre. Um dies zu verhindern, setzte das Gewerbeamt München als Einigungsamt auf den 27. Dezember 1915 Termin zur Verhandlung an. Vor dem Gewerbeamt gaben nun die Vertreter der Unternehmer die nachstehende Erklärung ab:

1. Auf neuerliche Tarifverhandlungen können wir uns, angesichts der gegenwärtig herrschenden außerordentlichen Verhältnisse nicht einlassen.
 2. Wir wollen jedoch, in Würdigung der zurzeit bestehenden Zenerung, trotzdem laut Tarif ab 1. Januar 1916 bereits eine Steigerung von 5 Prozent eingetreten ist und außerdem sämtlichen Arbeitern verhältnismäßig ihrer Leistungen weiters im Laufe dieses Jahres ganz namhafte Zulagen freiwillig gewährt wurden, nochmals weitere 5 Prozent auf die Tariflöhne zuerzählen.
 3. Diese neuerliche Zulage wird aus den jetzt bestehenden Tarifätzen gerechnet und den jetzt bezahlten Wochenlöhnen hinzugefügt.
 4. Diese Zugeständnisse werden unter der Bedingung gegeben, daß der jetzige Tarif weiterbestehen bleibt und die Verhandlungen für einen neuen Tarif bis zum Friedensschluß zurückgestellt werden.
- Diese Punkte sollten nach Ansicht der Unternehmer die Verhandlungsgrundlage bilden. Für die Arbeiterschaft waren das Zugeständnisse Verhandlung kam dann auch keine Einigung zustande, weshalb der Vorsitzende des Gewerbeamtes den Vorsitz machte, den Vertrag auf ein Jahr zu verlängern und sowohl die Tariflöhne, wie auch die tatsächlich bezahlten Löhne entsprechend aufzubessern. Sollte für die nächste Verhandlung keine Einigung erzielt werden, so schlage er vor, die Streitpunkte durch ein Schiedsgericht entscheiden zu lassen. Die nächste Verhandlung brachte wiederum keine Einigung, aber auch keinen Schiedspruch, da die Unternehmer die Beibringung zweier Weisker verweigerten hatten.

Erst in der dritten Verhandlung, wo das Schiedsgericht tagte, konnte die Sache durch Schiedspruch zum Abschluß gebracht werden, nachdem eine Einigung auch diesmal wieder ohne Erfolg blieb. Der einstimmig gefasste Schiedspruch lautet:

- Der Tarifvertrag gilt rückwirkend ab 1. Januar 1916 bis zum 31. Dezember 1916. Wird er nicht vier Wochen vorher gekündigt, läuft er unverändert ein Jahr weiter, und zwar unter folgenden, durch die Kriegslage bedingten Lohnfestsetzungen:
1. Sämtliche Tariflöhne erhöhen sich um 10 Prozent.
 2. Weiter werden die sämtlichen gezahlten Lohnbeträge um 5 Prozent erhöht, jedoch in der Weise, daß von diesen 5 Prozent diejenigen Prozente abgezogen werden, die der Einzelne schon durch die allgemeine tarifliche Lohnerhöhung erhält.
 3. Bei der Berechnung sich ergebende Bruchpennige werden nach oben abgerundet.
- Die Parteien wurden vom Vorsitzenden veranlaßt, binnen 8 Tagen dem Einigungsamt eine Erklärung darüber abzugeben, ob sie sich dem gefälligen Schiedspruch unterwerfen wollen oder nicht. Eine Ablehnung des einstimmig gefassten Schiedspruches war den Arbeitern im Hinblick auf die gegenwärtige Lage nicht unbedenklich, weshalb diese ihre Zustimmung erteilten. Die Unternehmer haben, offenbar von den gleichen Gründen geleitet, ebenfalls dem Schiedspruch zugestimmt.
- Die Wirkung des Schiedspruches auf die Lohnverhältnisse der Münchener Chirurgie- und Orthopädiemechaniker ist nun die folgende:
1. Vom 1. Januar 1916 an erhöhen sich die sämtlichen Tariflöhne um 10 Prozent und betragen demnach
- I. Für Arbeiter:
- | |
|---|
| im 1. Halbjahr nicht unter 37 % die Stunde, vorher 33 % |
| = 2. „ „ „ 44 „ „ „ 40 „ „ „ |
| = 2. Jahr „ „ „ 52 „ „ „ 47 „ „ „ |
| = 3. u. 4. Jahr „ „ „ 59 „ „ „ 53 „ „ „ |
| vom 5. Jahr an = 66 „ „ „ 60 „ „ „ |
| für selbständige Arbeiter 73 „ „ „ 66 „ „ „ |
- II. Für Arbeiterinnen:
- a) Näherinnen:

im 1. Jahr nicht unter 25 % die Stunde, vorher 22 %
= 2. „ „ „ 30 „ „ „ 27 „ „ „
= 3. „ „ „ 40 „ „ „ 36 „ „ „

